

Zur Diskussion: Rekommunalisierung trotz Verschuldung? Kein Problem!

Der Mythos „finanzkräftiger“ Investoren

Gewiss erinnern sich viele: Um die öffentlichen, verschuldeten Haushalte zu konsolidieren, wurde nicht nur eine rigorose Sparpolitik durchgesetzt, sondern vor allem die Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert bzw. im Rahmen so genannter „Öffentlich-Privater Partnerschaften“ (PPP) teilprivatisiert. Gesucht wurden kapitalkräftige Investoren, die durch ihre Beteiligung helfen sollten, die verschuldeten Haushalte zu konsolidieren.

Die größte Teilprivatisierung innerhalb der EU fand 1999 in Berlin statt: 49,9% der Berliner Wasserbetriebe wurden für 1,68 Mrd. € über eine Holding AG verkauft. Heutige Profiteure dieser Teilprivatisierung sind RWE Aqua und Veolia Wasser. Die Folgen für die BerlinerInnen und VerbraucherInnen sind allen bekannt: Die BerlinerInnen zahlen im Internationalen Städtevergleich mit die höchsten Wasserpreise, Personal wurde abgebaut, Investitionen abgesenkt und kürzlich wurden 3 Wasserwerke geschlossen, mit der Folge, dass Berlin ca. 30 km² ökologisch wichtiges Trinkwasserschutzgebiet verliert. Diese Fakten sind bekannt. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass die privaten Anteils“eigner“ ihre Beteiligung in Höhe von 1,68 Mrd. € keineswegs aus eigenen Rücklagen finanziert haben. Im Gegenteil: Sie haben nichts anders, geschweige denn besser gemacht, als die verschuldete öffentliche Hand: Sie haben ihren Einstieg fremd finanziert, haben „Kreditlinien“ aufgenommen und ihre Schuldenlast vergrößert. Aus öffentlichen Schulden wurden private Schulden, mit der Folge, dass die Kapitalbeschaffungskosten genauso in die Wassertarife einkalkuliert werden, wie wenn sich der Senat weiter verschuldet hätte. Bleiben wir noch einen Moment bei der Finanz“kraft“ privater Investoren. Es ist bezeichnend, dass in der öffentlichen Berichterstattung die Wahrnehmung immer wieder auf die Überschuldung öffentlicher Haushalte, verbunden mit einem rigorosen Appell bei den Sozialkosten zu sparen und Aufgabenbereiche der Daseinsvorsorge zu privatisieren, ausgerichtet wird. Die Verschuldung großer Unternehmen gerät selten ins öffentliche Visier. Infolge der Finanzkrise sind jedoch auch einige Global Player auf ihre Liquidität hin durchleuchtet worden. Und es kam im letzten Jahr zum Vorschein, dass sich der Gigant RWE mit einer Schuldenlast von 20 Mrd. € zur Konsolidierung gezwungen sah, und sich von seiner Mehrheitsbeteiligung an American Water trennen musste. Leider sind die Rahmenbedingungen für das Investment von RWE am Berliner Wassergeschäft offensichtlich derart lukrativ, dass ein freiwilliger Rückzug von RWE aus Berlin nicht zu erwarten ist. Hier liegt es an den Berlinern, entsprechend wirksam nach zu helfen.

„Systemrelevant“

Während die große Bundespolitik weder Kosten noch Mühen scheute, um „systemrelevante“ Banken zu retten, brechen Kommunen ihre wichtigste Einnahmequelle, die Gewerbesteuererinnahmen weg. Doch statt die Kommunen zu retten, werden sie einem brutalen Sparzwang ausgesetzt: Theater, Schwimmbäder, Bibliotheken werden geschlossen und wie kürzlich bekannt wurde, wird in einer mittelgroßen westdeutschen Stadt der öffentliche Nahverkehr ab 20 Uhr eingestellt. Konnten die Kommunen noch im Jahr 2008 einen Überschuss von 7,7 Mrd. € ausweisen, stand dem im Jahr 2009 ein Einnahmedefizit von 7,1 Mrd. € gegenüber. Und für das laufende Jahr prognostiziert Städtetags-Präsidentin Petra Roth (CDU) ein Rekorddefizit von 15 Milliarden Euro! Dass infolge dieses Sparzwangs auch die

Versuchung wächst, auf neoliberale Rezepte zurückzugreifen und die öffentliche Infrastruktur der Daseinsvorsorge auch weiterhin zu privatisieren, liegt auf der Hand. Dabei gibt es Beispiele zu Hauff, die belegen, dass Private keineswegs alles besser, günstiger und effizienter bewerkstelligen können. Das Gegenteil ist der Fall. Bleibt die Frage nach Alternativen, nach Auswegen aus dem Würgegriff des Sparzwangs.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Haushaltsnotlage vieler Kommunen mit Vorsatz herbeigeführt worden ist: Der teuer bezahlte Rat großer neoliberaler Beratungsagenturen hat sich oft als schlecht erwiesen und die Versuche zahlreicher Kämmerer auf dem internationalen Finanzmarkt für die Gemeinde etwas „raus“ zu holen, scheiterten jämmerlich. Steuergelder wurden nicht nur verpulvert, sondern den betroffenen Kommunen sind auf Jahrzehnte mittels vertraglicher Abschlüsse (so genannte Cross-Border-Leasing-Verträge) Verbindlichkeiten aufgezwungen worden, von denen nur Versicherungsgesellschaften und Finanzinstitute profitieren. Doch nicht nur die Suche nach profitbringenden Investments scheiterte, auch die Personalpolitik in den Finanzämtern beweist das Desinteresse, Einnahmepotenziale voll auszuschöpfen. Diese Dramatik bringt die Steuergewerkschaft auf den Punkt: Bundesweit fehlen 15.000 Finanzbeamte, wodurch der Staat bzw. seine „Regenten“ auf ca. 30 Mrd. Einnahmen verzichten! Und das, obwohl im Durchschnitt „ein Steuerfahnder jährlich knapp eine Million Euro zusätzlich für den Fiskus“ eintreibt. „Bei einem Betriebsprüfer sind es gut 1,2 Millionen Euro“¹. Diese investorenfreundliche Ausrichtung verdeutlicht Lars P. Feld, Prof. für Volkswirtschaft an der Universität Heidelberg: "In den achtziger Jahren kam auf 200 Kleinunternehmer und Selbständige ein Betriebsprüfer, heute beträgt dieses Verhältnis 700 zu eins". Die Anwendung von Steuergesetzen wird minimiert, um als Standort für Investoren attraktiv zu erscheinen.

Dabei verdeutlichen die zum Kauf angebotenen Daten-CD's von deutschen Steuerhinterziehern, die in der Schweiz und anderen nach wie vor existenten Steuer-Oasen versucht haben, ihre schwarzen Schafe ins Trockene zu bringen, das generelle Dilemma eines Systems, dass seinen Einnahmen hinterherlaufen muss. Dabei ließe sich beispielsweise der Steuerhinterziehung relativ leicht der Riegel vorschieben: Erforderlich wäre lediglich ein Gesetz, das Insider durch eine Provisionszahlung belohnt, wenn sie straffällig gewordene Steuerhinterzieher melden. Das Risiko, dass die Steuerhinterziehung eher früher als später ans Tageslicht kommt, wäre dadurch sehr hoch. Und wenn dann noch das Strafrecht verschärft werden würde, wäre jedem deutlich, dass es sich bei der Steuerhinterziehung um kein Kavaliersdelikt, sondern um einen Straftatbestand mit erheblichen negativen Auswirkungen für die Volkswirtschaft handelt. Damit wären die fiskalpolitischen Handlungsspielräume auch wieder gegeben.

Rekommunalisierungsfond statt Rettungsschirm

Besonders ärgerlich ist, mit wie viel Engagement und (neoliberaler) Fantasie die Großbanken gerettet worden sind, weil sie angeblich „systemrelevant“ seien. Hier sollten sich die LeserInnen weniger auf den „Rettungsschirm“ konzentrieren als auf die Leitzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Die Banken erhalten billiges Geld zum Leitzins von einem Prozent – ein Angebot, dass die Banken dankend in Anspruch genommen haben: 442 Mrd. € haben laut Financial Times die Banken bei der EZB seit Ende Juni vergangenen Jahres geordert², wobei es zur Geschäftspolitik

¹ Personalmangel in Steuerbehörden – Tausende Finanzbeamte fehlen, in: SZ v. 02.04.2010

² Nicht zu vergessen sind Anleihen bei anderen Zentralbanken wie der FED oder der chinesischen Zentralbank.

gehört, dass der günstige Leitzins natürlich nicht weitergegeben wird: So klagen viele Betriebe und Unternehmen über die hohen Kapitalbeschaffungskosten (Zinsen und Tilgung), die sie wiederum den Verbrauchern in Rechnung stellen.

In dieser Situation erscheint es dringend geboten, vor allem den Kommunen den Zugang zu zinsgünstigen Mitteln der EZB mit einem entsprechend großzügigem Zeitfenster für die Rückzahlung (Tender) zu eröffnen. Dieser Zugang zu „billigem“ Geld ließe sich koppeln an einen öffentlichen Aufgabenkatalog, wie den der Rekommunalisierung. Mittels eines speziellen Rekommunalisierungsfonds könnte die öffentlich-rechtliche Investitionsbank in Berlin in die Lage versetzt werden, RWE und Veolia den Betrag auszuzahlen, den sie 1999 für ihren Einstieg ins Berliner Wassergeschäft eingezahlt haben: 1,68 Mrd. €. Sollten die Wasser“partner“ höhere Ansprüche erheben, dann wären diese mit den eingefahren Gewinnen in den zurückliegenden Jahren der Beteiligung zu verrechnen. Sollten sie ablehnen, dann wäre der Gesetzgeber aufgefordert, eine Enteignung in die Wege zu leiten. Ein Rekommunalisierungsfond hätte zudem den Vorteil, dass auch die verschuldeten Konzerne ihre Verbindlichkeiten bzw. Schulden gegenüber den Banken schneller tilgen könnten, was wiederum der Eigenkapitalausstattung und Liquidität der Banken zu gute kommt. Und wer weiß – Vielleicht würde sich über diesen Weg ein Rettungsschirm für Banken, finanziert aus Steuergeldern, sogar erübrigen!

Dieser Rekommunalisierungsfond ist gebunden an die Auflage, dass rekommunalisierte Betriebe ihre Gebühren nur nach real anfallenden Kosten kalkulieren dürfen – natürlich unter Berücksichtigung von Rückstellungen für Investitionen in Klärwerke, Leitungsnetze usw. Nur Gewinnrückstellungen, weder öffentliche noch private, hätten in Zukunft keinen Platz. Durch ein solches Modell hätten die Berliner nicht nur mehr Kaufkraft im Geldbeutel, sondern Berlin wäre auch als Wirtschaftsstandort attraktiver, denn jeder Betrieb kalkuliert und vergleicht die Betriebskosten.

Diese Ideen und andere werden beim „Berliner Wassertisch“ jeden ersten Dienstag im Monat ab 19 Uhr diskutiert. Die Bürgerinitiative trifft sich in den Räumen des Theaters „Berliner Compagnie“ in der Muskauer Str. 20A (Kreuzberg). Interessierte sind herzlich willkommen.

Thomas Rudek, Sprecher des Wasser-Volksbegehrens
Kontakt: ThRudek@gmx.de / Tel.: 030 / 261 33 89
www.berliner-wassertisch.net

